



Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Karolinenweg 1, 24105 Kiel  
Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen  
Landtages  
An die Vorsitzende, Frau Barbara Ostmeier

- Per E-Mail -

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 19/7203

Bearbeitung:

**Dirk Mitzloff**

Telefon: (0431) 988-1624

[dirk.mitzloff@landtag.ltsh.de](mailto:dirk.mitzloff@landtag.ltsh.de)

Kiel, 24. Februar 2022

**Entwurf eines Gesetzes zum Neunten Staatsvertrag zur Änderung  
medienrechtlicher Vorschriften in Hamburg und Schleswig-Holstein (Neunter  
Medienänderungsstaatsvertrag HSH - 9. MÄStV HSH (Drucksache 19/3584)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf diesem Wege möchte ich zum oben genannten Gesetz ausschließlich schriftlich  
Stellung beziehen.

**Vorbemerkung**

Die Beteiligung oder gar Mitwirkung an Medienstaatsverträgen ist durch das geübte  
Verfahren auf der Landesebene nur in einem sehr begrenzten Sinne möglich. Die  
Landesbeauftragte begrüßt es daher ausdrücklich, dass die elementaren Anliegen  
von Menschen mit Behinderungen nunmehr in einem breit angelegten  
Beteiligungsverfahren zum 2. Medienstaatsvertrag zeitgleich eingebracht werden.  
Die Landesbeauftragte hat sich dazu in Anhörungen und Arbeitsgruppen beteiligt und  
ist im ständigen Austausch mit den Kollegen der Länder, die den entsprechenden  
Arbeitskreisen direkt angehören.

## **Zum vorliegenden Staatsvertrag, § 41**

Der vorliegende Staatsvertrag beinhaltet in § 41 die Bildung des Medienrates. Die Landesbeauftragte begrüßt, dass ein arbeitsfähiges Gremium gebildet werden soll. Die Überlegung, mit diesem Gremium alle gesellschaftlich relevanten Gruppen abzubilden, ist indessen nach Auffassung der Landesbeauftragten nicht eingelöst. Schon in der Vergangenheit konnten Anliegen von Menschen mit Behinderungen nicht durch eine Vertretung im Medienrat eingebracht werden. Die Gruppe der Menschen mit Behinderungen bildet durch ihre Vielfalt und ihren prozentualen Anteil an der Gesellschaft mit Sicherheit einen relevanten Teil. Zudem ist das Verfassungsziel der Inklusion ohne Beteiligung dieses relevanten Teils nicht glaubhaft zu erreichen. Ich möchte daher den Landtag auffordern, über geeignete Formate der Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an der Arbeit des Medienrates zu beraten und diese zu installieren.

Mit freundlichen Grüßen

gez.: Michaela Pries